

Preis vierteljährlich:
in Neuenbürg M 2.25.
Durch die Post im Orts-
und Oberamts-Verkehr
M 2.25, im sonstigen
inländ. Verkehr M 2.35
und 30 Pf. Postbestellgeld.

Bestellungen nehmen alle Post-
stellen und in Neuenbürg die
Kassierer entgegen.
Druckerei Nr. 24 bei der
O. B. - Sporthalle Neuenbürg.
Telegraphenadresse:
„Enztäler“, Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
die einspalt. Zeile 15 Pf.
bei Anstufungserteilung
durch Geschäfts-Nr. 303
Reklam-Zeile 40 Pf.
Bei öfterer Aufnahme
entsprechender Nachschlag
der im Falle des Mahn-
verfahrens, hinfällig wird.

Schluss der Anzeigen-
Annahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Der telegraphische Nachschlag
wird keine Gewähr übernehmen.

Nr. 14.

Neuenbürg, Samstag den 18. Januar 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Duisburg, 16. Jan. Im Laufe der Unruhen der letzten Woche hat die hiesige Spartakusgruppe die Uebernahme der öffentlichen Gewalt, die Handhabung des Sicherheitsdienstes, die Absetzung von Beamten und die Auflösung des Arbeiterrates gefordert. Diese Forderungen sind von der Stadtverwaltung im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat rundweg abgelehnt worden. Es wurde der Spartakusgruppe nur zugestanden, in dem von ihr besetzten Haus der „Volkstimme“ eine Hauswache zu halten. Diese Hauswache sollte jedoch das Haus bewaffnet nicht verlassen. Schon am folgenden Tag wurde diese Abmachung durchbrochen. Infolgedessen wurde die Wache heute entlassen und aufgelöst. Damit ist die Ruhe und Ordnung in Duisburg völlig wiederhergestellt. Die „Volkstimme“ ist heute wieder an ihren alten Besitzer übergegangen.

Kassel, 17. Jan. Volksbeauftragter Scheidemann teilte in seiner gestrigen Rede in Kassel mit, daß die Regierung beschlossen habe, die Reichsnationalversammlung auf den 6. Februar einzuberufen. Zu den neuen Forderungen der Entente sagte er, daß, wenn sie ihre Forderungen nicht in letzter Stunde mögliche, die Unterzeichnung des Friedensvertrags dann nicht erfolgen werde. Die Entente habe sich dann selber zuzuschreiben, wenn die Welsen des Bolschewismus über das hungernde Deutschland hinweg sich über ganz Frankreich und England ergießen werden.

Berlin, 16. Jan. Bei der Durchsuchung bei Fahrgästen der Straßenbahn nach Waffen wurden 3 Frauen festgestellt, die sich gefüllte Patronengürtel unter der Kleidung umgeschmalt hatten. Die Frauen wurden sofort verhaftet. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung soll in Berlin eine ständige Garnison von 10000 Mann aufgestellt werden.

Berlin, 17. Jan. Beim Berliner Magistrat sind Schadenersatzansprüche in Höhe von rund 6 Millionen Mark angemeldet worden, die durch die Spartakusschießerei der letzten Woche veranlaßt wurden.

Berlin, 17. Jan. Die Zahl der Arbeitslosen in ganz Berlin wird jetzt auf 200000 geschätzt. Von den zuständigen Reichsämtern wird augenblicklich eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, welche die geregelte Anstellung und Unterbringung zahlreicher Arbeitsloser zum Ziele hat.

Breslau, 17. Jan. Hier fand gestern eine Konferenz der Behörden, der Presse und der Arbeitgeber und Arbeiterführer statt, in welcher der Stabschef des 6. aktiven Armeekorps ausdrücklich auf die schwere Gefährdung der Provinz Schlesien hinwies. Die Tschechen hätten eine kriegserprobte Armee von 500000 Mann mit reichlich Geschützen und sie bedrohten die Grafschaft Glatz. Die Polen besäßen 18 Divisionen, die von Lemberg her ebenfalls in Oberschlesien einfallen könnten. Dringend erforderlich sei die Bildung eines Freiwilligenkorps für den Heimatgrenzschutz.

Königsberg, 17. Jan. Oberpräsident von Batocki erließ einen Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die ostpreussische Volkswache, an dessen Schluss es heißt: „Weil die Zeit aber weniger ermahnende Worte als beispielgebende Taten erfordert, werde ich selbst Anfang Februar, wo ich mit dem größten Teil meiner Amtsgeschäfte vorläufig fertig sein werde und wo es an der Grenze wohl ernst werden wird, trotz meiner 51 Jahre in die Volkswache eintreten und zwar, da es mir an der zur Truppenführung vor dem Feinde nötigen gründlichen Erfahrung fehlt, als einfacher Soldat.“

Die neue Reichsverfassung.

Berlin, 17. Jan. Heute oder morgen soll der Verfassungsentwurf und die angekündigte Deklaration des Staatssekretärs an die Regierungen der deutschen Freistaaten abgehen. Danach wird das neue Deutschland künftig aus etwa 17 Freistaaten bestehen. Gebiete, die mehr als 2 Millionen Einwohner haben, können sich zu einem solchen Freistaat zusammenschließen. — Im Entwurf hat man bereits vorgesehen, daß folgende Gebiete sich zu selbständigen Freistaaten

zusammenschließen können: Schlesien und Teile von Posen, Ostpreußen und Teile von Westpreußen, Brandenburg und Pommern mit beiden Mecklenburg, die Stadt Groß-Berlin, Hannover und Holstein, Westfalen, das Rheinland und Hessen, Sachsen unter Einschluss preussischer Gebiete, Thüringen mit dem Regierungsbezirk Erfurt, Baden, Württemberg, Bayern, die Honigküste und schließlich Österreich und als besonderer Freistaat die Stadt Wien.

Ausland.

Paris, 17. Jan. Der amerikanische Antrag, dem Bolschewismus in Deutschland durch Lebensmittelzufuhr zu steuern, stößt bei einigen Mächten auf Widerstand. Zweifellos würde diese Schwierigkeit behoben werden, aber augenblicklich befindet man sich in einer Sackgasse. Wenn die Sachlage sich nicht zum Besseren wendet, so würde das zur Folge haben, daß Wilson früher als beabsichtigt nach Amerika zurückkehrt.

Paris, 16. Jan. Nach dem Echo de Paris haben die Bewohner des belgischen Dorfes Ethe einen Strafantrag wegen Mord gegen den deutschen Kronprinzen, den Prinzen Oskar und den Kommandeur des 50. schlesischen Infanterie-Regiments gestellt, weil bei der Besetzung des Dorfes am 22. August 1914 55 Personen in den Flammen umgekommen und 212 getötet worden seien.

London, 16. Jan. Die ukrainische Regierung berichtet bezüglich der Räumung der Bukowina an Rumänien ein Ultimatum. Die ukrainischen Truppen bewegen sich der Grenze entlang. Wichtigkeit wurde an Wilson die telegraphische Bitte gerichtet, der Ukraine zu gestatten, zwei Delegationen zum Pariser Friedenskongress zu entsenden.

New-York, 16. Jan. Es deklariert, daß der amerikanische Kongress für die Zeit von fünf Jahren nach Abschluß des Friedens die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten verbieten wird. (Das mögen sich auch jene in Deutschland merken, welche glauben, durch eine Auswanderung sich den Folgen des verlorenen Krieges entziehen zu können. Schmitt.)

Aus Stadt, Bezirk und Umgebungen.

Neuenbürg, 17. Jan. In der Nacht zum 9. ds. Mts. wurde in Frankfurt a. M. in einem Warenhaus ein Einbruchsdiebstahl verübt und bei der Festnahme von zwei der Täter wurde ein Kriminalwachtmeister durch einen Schuß in den Kopf getötet. Die Erhebungen ergaben, daß bei dem Einbruch vier Täter beteiligt waren, die vor der Tat alle ihre Waffen schußfertig machten, und daß sich unter diesen auch der 25 Jahre alte Schlosser Hermann Adam von Loffenau, Sohn achtbarer Eltern, befand, der sich nach der Tat in seine Heimat flüchtete. Auf Grund eines Telegramms wurde Adam in Loffenau von der Landjägersmannschaft festgenommen und an das hiesige Amtsgericht eingeliefert. Dem Adam abholenden Kriminalkommissar Howe vom Polizeipräsidium Frankfurt a. M. und Kriminalwachtmeister Kuppel hat Adam ein Geständnis abgelegt, daß er den Kriminalwachtmeister erschossen habe. Adam wurde bereits nach Frankfurt abgeführt, und wird dort seiner wohlverdienten Strafe entgegen gehen.

Letzte Nachrichten u. Telegramme.

Stuttgart, 17. Jan. Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem württembergischen Staat und der Krone eriotet in der Weise, daß zur Befreiung des sogenannten Kammergutes die Zivilliste des Königs abgezahlt wird und an deren Stelle dem König vom 1. Januar eine jährliche Rente von 200000 Mk. und nach seinem Ableben seiner Witwe 100000 Mk. von der preussischen Regierung zugesprochen wird. Dafür hat jedoch der Staat die hohen Kosten der Zivillisten zu übernehmen.

Stuttgart, 17. Jan. Der derzeitige Regimentsführer des 1. württemberg. Inf.-Regts. 13, Hauptmann Daus, telegraphiert unter dem 14. Jan. aus Romel, daß der Regimentsstab mit dem 1. Bataillon, der 1. W.-G.-R. 11. und 12. Kompagnie, sowie Versprengten des 2. und 3. Bataillons dort einetroffen ist. Ein Zug der 6. Kompagnie ist noch in Bohlsdorf bei Brest-Litowsk, wird aber mit dem Regiment, wie dieses hofft, in die Heimat weiterbesördert werden. Das 2. Bataillon und einzelne Teile des 3. Bats. sind bekanntlich an den Weihnachtsfeiertagen in Ehlingen eingetroffen und dort aufgelöst worden.

München, 17. Jan. Die Wahlen in der Folge für die bayerische Nationalversammlung finden auf Beschluß der französischen Behörden am 26. Januar statt. Die bayerische Regierung beabsichtigt, in jenen Gemeinden, deren Bürgermeister sich geweigert haben, die Verteilung der Wahlzettel für die unabhängigen Kandidaten zu besorgen, eine Nachwahl zu veranstalten.

Essen, 17. Jan. Der Bergbauverein hat an den Volksbeauftragten Ebert in Berlin ein Telegramm gerichtet,

in dem es heißt: Der größte Teil der Belegschaft sieht sich mit Entrüstung an der Fortsetzung oder der Wiederaufnahme der Arbeit verhindert. Die öffentlichen Gewalten verlangen vollständig. Wir bitten im Interesse der Arbeitsschlichtung, von dort aus für Abhilfe und Wiedergutmachung der eingetretenen Schäden zu sorgen.

Haderleben, 17. Jan. Die gestern hier versammelten Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte der 3 norddeutschen Kreise Flensburg, Sonderburg, Tondern, Ribe und Hadersleben haben eine Resolution angenommen, in welcher die Regierung ersucht wird, auf das schärfste den Anreizgeboten nationalisierter Kreise in Dänemark entgegenzutreten.

Berlin, 17. Jan. In der Reichshauptstadt herrscht Ruhe, doch ist die Erregung über den Tod Liebknecht und Rosa Luxemburgs unter den Spartakisten und Unabhängigen ungeheurer. Die Parteigänger fordern zu riesigen Protestdemonstrationen gegen den „Reichsmord“ auf. Die Regierung ist gewillt, neu auflodernde spartakistische Unruhen rücksichtslos mit Waffengewalt zu unterdrücken. Weitere verlässliche Regierungstruppen trafen in Berlin ein.

Berlin, 17. Jan. Der letzte über Bromberg gekommene Trahtbericht aus Posen meldete den Beginn der polnischen Volksbewaffnung für alle Männer von 18-22 Jahren zwecks weiterer strategischer Operationen Groß-Polens.

Berlin, 17. Jan. Wie der Lokalrat berichtet, hat sich die Regierung nunmehr endgültig entschlossen, die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammenzusetzen zu lassen. Berlin, 17. Jan. Sowohl das Reichswirtschaftsamt wie das Reichsberufungsamt hat die neuen Forderungen der Entente für die Verlängerung des Waffenstillstandes, soweit sie die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten betreffen, für unannehmbar erklärt. — Der „Korrespondent“ berichtet, daß die Generale der Entente sich schließlich veranlaßt haben, wesentliche Erleichterungen hinsichtlich der Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen zuzugestehen.

Kassel, 17. Jan. Volksbeauftragter Scheidemann führte in einer Wahlrede aus: Wir haben trotz der schwierigen Lage einem solchen Gegner gegenüber den guten Willen, Frieden zu schaffen. Die Regierung hat gestern beschlossen, daß die deutsche Friedensdelegation geführt werden solle vom Staatssekretär Graf von Brockdorff-Rantzau und mir. Ich soll ganz besonders selbst mitgehen, um aller Welt zu zeigen, daß ein neues Regiment in Deutschland besteht, ein sozialistisches und demokratisches Deutschland. Es ist klar, daß für unsere Verhandlungen nur das Wilsonsche Programm in Frage kommt.

Trier, 18. Jan. In der Frage der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen und Herstellung besserer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet hat auf dringende Bitten von Staatssekretär Erzberger Reichsamt Hoch am 16. Januar u. a. geantwortet: Ich beabsichtige, die rasche Rückbeiderung der die meiste Teilnahme einfließenden Kategorien von Gefangenen bei den alliierten Regierungen zu befürworten. Ferner bin ich bereit, den Warenaustausch zwischen den besetzten und unbesetzten deutschen Gebieten in dem Maße zu gestatten, daß dadurch Arbeitslosigkeit und die sich daraus ergebenden Unruhen vermieden werden.

Rom, 17. Jan. In der Meerenge von Messina ist der französische Dampfer Charroy auf eine Mine gelaufen und gesunken. 5000 Personen sollen ertrunken sein.

Genf, 17. Jan. Die Verhandlungen zur Eröffnung der Friedenskonferenz am Sonntag, den 18. Jan., sind gestern abgebrochen worden. Die Vorarbeiten sollen bereits gezeigt haben, daß bei dem Kongress eine heillose Verwirrung herrsche. Nur so sei es erklärlich, daß man doch einen Delegierten mehr als Belgien bewilligt habe.

Paris, 18. Jan. Die Konferenz der Alliierten in Genedig hat beschlossen, daß die österreichische Flotte nach Korfu fahren und dort an den französischen Admiral Goussier ausgeliefert werden soll in ähnlicher Weise, wie das mit der deutschen Flotte an Beatty geschah.

Paris, 17. Jan. Clemenceau überreichte dem Präsidenten Poincare einen Bericht, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, Arbeit und Wirtschaftsleben in gewissen Grenzen in den besetzten Gebieten zu sichern, was zur Folge hätte, daß nicht alle Beziehungen zwischen Frankreich und den besetzten Gebieten verhindert werden könnten. Infolgedessen unterzeichnete Poincare einen Befehl, der der französischen Waffenstillstandskommission das Recht erteilt, Ausnahmen betr. des Handelsverbotes für Frankreich mit Deutschland und Österreich-Ungarn, soweit sich dieses auf die besetzten Gebiete bezieht, zu gewähren.

London, 17. Jan. Die britische Regierung beschloß, während ungefähr 6 Monaten noch Friedensschluß eine Besatzungsmarine am Rhein zurückzulassen, die mit den Alliierten zusammenwirken soll. Diese Marine wird nicht groß sein, sie wird jedoch aus freiwilligen Mannschaften bestehen, die einen hohen Sold erhalten.

Amsterdam, 17. Jan. „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge weiß der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“ nachdrücklich auf die Tatsache hin, daß das amerikanische Volk unter keinen Umständen die Teilnahme Amerikas an einem Bund zur Handhabung des Gleichgewichts der Mächte zulassen werde. Ein solches System würde Amerika dazu zwingen, europäische Politik zu treiben und dieser Gedanke widerspreche den Amerikanern.

Zukunft
Mittelstand
stehen,

tichtige
fermeister

und das

bei allen
Stand-

ngen!

gerpartei
sie mit
auführen,
Hand-

wählchen

Anhänger
ame jetzt
sie einen
fer seine
rchtbaren

n ihrer
waren
schädigt

s in der
in ihren
ad und
Industrie

reinigten
aj ihre
damit

die

ei!!!



Bauern u. Bauernfrauen!

Die Demokratie ist der politische Mutterboden der Bauern.

Das haben am Sonntag Tausende von Bauern und Bauernfrauen wieder erkannt, die sich bisher von den Trabanten der Junker- und Herrenkaste haben mißbrauchen lassen, das muß am nächsten Sonntag vollends allen Bauern und Weingärtnern zum Bewußtsein kommen.

Auf derlei Schleichwegen hat die Politik der alten Gewalten versucht, euch aufs neue den Mächten dienstbar zu machen, die Deutschland in dieses namenslose Elend hineingeführt haben.

Man hat aus dem alten Bund der Landwirte drei Parteien gemacht, die fallen werden sollen für unvorsichtige Wähler.

Die Bürgerpartei mußte sich an die Städter, der Bauernbund an die mittleren und großen Bauern wenden, und die Weingärtner und Kleinlandwirte haben noch einmal eine besondere „Partei“ erhalten.

Merkt Ihr die grobe Unehrlichkeit, die dahinter steckt, den neuen Mißbrauch, der mit Euch getrieben werden will?

Die Bauern gehören zur Demokratie, wenn sie wirklich ihre eigene Zukunft fördern wollen.

Die Demokratie tritt dafür ein, daß jetzt keiner Tisch gemacht werde mit den Vorrechten der Standesherrschaften, Fideikommissen usw.

Die Demokratie tritt dafür ein, daß die Schule allen tüchtigen Menschen einen Weg bahne, auf dem auch die Kinder des Landes und der Bauern vorwärts und zur Geltung kommen können.

Die Demokratie tritt dafür ein, daß die großen Reichtümer, Einkommen, Vermögen, Kriegsgewinne, Erbschaften in starkem Maße zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben herangezogen werden.

Die Demokratie tritt dafür ein, daß möglichst rasch wieder eine deutsche Arbeitsmöglichkeit aufgebaut werde, aus der Stadt und Land einen ehrlichen Lohn, Staat und Gemeinde die Mittel für alle Werke der Volkswohlfahrt ziehen können.

Die Demokratie hat immer an das Volk geglaubt und will ihm darum jetzt auch in vollkommener Weise die Gestaltung seiner Zukunft in die Hand geben.

Die Demokratie hat immer die Zusammengeschlossenheit aller Erwerbstätigen vertreten und gegen Klassenkampf und Klassenhaß gekämpft. Sie allein kann darum als Grundlage für ein freies Staatsvolk und einen freien Volksstaat in Betracht kommen.

Die Demokratie ist von jeher gegen die Brutalitäten im Militärwesen, für Völkerverständigung, Schiedsgerichte, Abrüstung eingetreten. Ihr allein wird bei den Feinden einigermassen geglaubt, daß es Deutschland jetzt wirklich ernst mit diesen Forderungen sei

Die Konservativen, deren Schildkröte Bürgerpartei, Bauernbund und Weingärtnerbund sind und sein wollen, haben in all diesen Fragen bisher einen scharf gegensätzlichen Standpunkt eingenommen.

Sie haben immer die alten Vorrechte geschützt und ihr Führer Vogt will heute noch nur solche abschaffen, die in den letzten 50 Jahren entstanden seien.

Die Konservativen haben sich immer gegen ein einheitliches und sozial gestaltetes Schulwesen gewehrt.

Die Konservativen waren Gegner einer Reichsvermögungs- und einer ausgebauten wirtshamen Erbschaftsteuer.

Die Konservativen haben durch ihre herausfordernde Herrenpolitik die Arbeiter vom Bürgertum abgestoßen und damit den Klassenkampf von unten in die Wege geleitet. (Siehe Wahlrecht in Preußen).

Die Konservativen haben alle überspannten Kriegsziele und Eroberungsforderungen mitgemacht und die Militärpartei während des ganzen Krieges und bis zuletzt gestützt.

Wenn die Feinde uns den Frieden aufzwingen, den die Konservativen, auch die Württemberg's (siehe die beiden Bauernbundsabgeordneten Vogt), von der deutschen Regierung den Feinden gegenüber verlangten, dann ist alle Hoffnung auf neuen Aufstieg umsonst.

Darum Bauern und Bauernfrauen! Ihr müßt durch eure Abstimmung den alten Geist, die alten Gewalttaten, die alten Personen ablehnen, wenn Ihr wollt, daß unser neues Deutschland Vertrauen finden soll.

Die Deutsche demokratische Partei ist die Partei der Volkseinheit, der Volkrechte und der Volkverantwortung.

Sie will mit allen schaffenden Kräften, mit allen, die es mit anderen Erwerbsständen ehrlich meinen, mit allen, die selber das Wohl aller Volksgenossen durch ihre Mitarbeit fördern wollen ein neues und freies Deutschland aufbauen. Dabei hat die Deutsche demokratische Partei auf eure Unterstützung ein Recht.

Bauern und Bauernfrauen! Ihr wißt, daß nur das gewachsene Bodenständige eine Zukunft hat. Es ist mit Volk und Staat nicht anders. Große Scharen von euch haben uns am letzten Sonntag geholt, für ein neues Württemberg tüchtige Bauleute zu bestellen. Wie rechnen darauf, daß Ihr uns am nächsten Sonntag helft, für das Reich die rechten Führer zu wählen. Euer Stand hat der Demokratie in Hugo Herrmann-Blauffelden eine hervorragende Persönlichkeit gegeben. Helft mit, daß sein Charakter und sein Wissen in Berlin mit zur Geltung kommt, wenn Ihr geschlossen den Stimmzettel in die Urne legt für die

Deutsche demokratische Partei.

Geschäfts-Empfehlung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Neuenbürg und Umgebung, sowie den Herrn Architekten und Bauunternehmern zur Kenntnis, daß ich unter heutigem mein

Zimmer-Geschäft

eröffnet habe. Es wird mein stetes Bestreben sein, nur meistermäßige Arbeit zu liefern und bitte ich daher um gefl. Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtungsvoll

Friedrich Bischoff, Ilgenstr. 384.

Bauern aufgepasst!

Die Sozialdemokratie und Demokratie rechnet auf Euer schlechtes Gedächtnis.

Wer hat

die Zwangswirtschaft und Zwangserfassung

unterstützt? Das war die Demokratie und die Sozialdemokratie. Wer hat die Kriegsgewinne aus den

Kriegsgesellschaften

eingehohlet? Die Großkapitalisten, die die demokratischen Führer Rathenau, Stern usw. in die Ausschüsse der Kriegsgesellschaften geschickt haben. Wer ist verantwortlich für die

verfehlten Maßregeln der Reichsregierung

im letzten Jahr? Die Kandidaten der Demokratie Payer, Haugmann, Dieckhoff. Wer will jetzt die

Viehpreise herabdrücken,

die aber keine Herabsetzung der Fleischpreise bedeuten? Das demokratische „Neue Tagblatt“. Wer ist von jeher

gegen alle diese Mißstände

aufgetreten? Das waren die Vertreter des Bauernbundes.

In der

Nationalversammlung

werden alle diese den Bauernstand berührenden Fragen entschieden. Deshalb geht am 19. Januar eure Stimme den Kandidaten der

Württembergischen Bürgerpartei

und des

Württembergischen

Bauern- und Weingärtnerbundes.

Viele Bauern.

Wähler der Bürgerpartei!

Wir sind zu Euch gekommen und Ihr habt uns freundlich aufgenommen. Wir verfügten über keine Organisation, über wenig Redner, über wenig Zeit. Wir konnten nur einen bescheidenen Teil des Oberamts bereisen. Und doch war uns ein schöner Erfolg beschieden: 2500 Frauen und Männer haben uns ihre Stimme zugewandt. Dafür sei euch herzlich gedankt. Und

wir kommen wieder,

wir kommen wieder. — Aber nun arbeitet weiter für nächsten Sonntag:

„Treu deutsch, christlich und sozial,“

dann wird der Erfolg nicht versagt sein

der Bürgerpartei und dem Bauernbund.

ehlung.

Neuenbürg und Um-
bauunternehmern zur

den sein, nur meister-
her um gest. Unter-

genstr. 384.

asst!

okratie rechnet

haft ung

e und die So-
mlane aus den
en

die die demo-
n usw. in die
geschicht haben.

regeln rang

er Demokratie
e will jetzt die
rücken,

leischpreise be-
agblatt". Wer

stände

retreter des

mlung

d berührenden
am 19. Januar

rgerpartei

en

erbundes.

uern.

i!

nnen. Wir
ir konnten
ein schöner
ndt. Dafür

bund.

Holz-Versteigerung.

Auf dem Holzlagerplatz Birkenfeld, an der Linie Pforzheim-Wildbad (von Pforzheim aus mit der Straßenbahn erreichbar), kommen am

Donnerstag den 23. und Freitag den 24. Januar 1919, von vorm. 10 Uhr ab, einige 100 Wagen Heeresholz gegen sofortige Kasse (200.— M. Baranzahlung bei jedem einzelnen Zuschlag, Restzahlung sofort im Büro des Holzlagerplatzes) woggonweise zur Versteigerung, und zwar:

Bretter, 18 und 24 mm parallel und konisch besäumt von 3 m aufwärts lg. und 12 cm aufwärts breit.

Bohlen, 30, 35, 40, 50, 60, 70, 80 und 100 mm.

Vorratsholz, 8 8—20/20 und stärker von 3 m aufwärts lg.
Schurzholzrahmen, 6/20, 6/25, 8/20, 8/25 für Glaser oder zum Aufsagen für Kistenfabrikation geeignet, sowie einige Wagen Eichen-Buchen- und Eichenbohlen und Kanthölzer, 8/8—14/14, für Zimmergeschäfte und Glaserien geeignet.

Nähere Verkaufsbedingungen werden auf dem Holzlagerplatz bekannt gegeben.

Stuttgart, den 16. Januar 1919.

Württ. Arbeitsministerium,
wirtschaftsleh. Abt.,
Referat 6.

Oberamt Neuenbürg.

Wahl zur deutschen Nationalversammlung. Wahlakten und Wahlprotokoll.

Die Wahlakten sind, nachdem die ursprünglich den Wahlvorstehern angeordneten statistischen Arbeiten in Stuttgart erledigt werden, mit größter Beschleunigung an das Oberamt einzuliefern und zwar so zeitig, daß sie spätestens am Montag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr, hier sind.

In dem Vordruck für das „Wahlprotokoll“ muß in der Ueberschrift das Wort „Wahlaußschusses“ handschriftlich in „Wahlvorstandes“ geändert werden.

Den 18. Januar 1919.

O.R. Gaifer.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Bekanntmachung

Wer noch nicht im Besitz der Stimmzettel zur Reichswahl ist, kann solche bis spätestens Samstag abend 7 Uhr auf dem Stadtschultheißenamt (Zimmer Nr. 8) abholen. Im Wahlraum selbst dürfen keine Stimmzettel aufgelegt sein; es können jedoch welche im Laufe des Wahltags für den Bedarfsfall im Wahllokal (Rathaus) in Empfang genommen werden. Nachträgliche Aufnahmen in die Wählerliste können gleichfalls nur bis zu dem oben erwähnten Zeitpunkt erfolgen.

Wahlraum, Wahllokal und Wahlzeit wie bei der Landeswahl! An der Wahlurne Vor- und Zunahme angeben im Interesse der raschen Geschäftsabwicklung.

Den 17. Jan. 1919.

Stadtschultheißenamt:
A. B. Knodel.

Theodor Bopp ^{norm.} Stuttgart
Fernruf 12000 ^{Drablanstr. „Tebo“}

Großvertrieb von Industrie-Erzeugnissen
und Rohstoffen des Kleinbeleuchtungs-,
Papier- und Schreibmaschinenfaches.

Leistungsfähige Bezugsquelle für Taschenlampen-Hülfen,
Batterien, Winnen, Feuerzeuge, Karbidlampen,
Durchschreib-, Durchschlagpapiere,
Schreibmaschinen, Fortbänder, Kopierpapiere
in anerkannt unübertrefflichen Qualitäten.

Auslandsdeutsche!

Männer und Frauen!

Abt. Cuer Wahlrecht zur Nationalversammlung am kommenden Sonntag aus.

Stimmt alle für die Deutsche demokratische Partei!
In ihren Reihen allein ist unser Platz. Sie allein wird in der Lage sein, als große bürgerliche Partei unser Interesse kraftvoll zu vertreten.

Wir stimmen gegen die Sozialdemokratie, weil sie eine Klassenpartei ist und wir stimmen gegen die Bürgerpartei, weil sie alle die reaktionären Elemente in sich vereinigt, die uns ins Unglück gestürzt haben.

Die Deutsche demokratische Partei ist die Partei der Ordnung und Freiheit.

Nur wenn in die Nationalversammlung eine kräftige demokratische Partei des Bürgertums

einzieht, wird der Deutsche im Ausland wieder zu seinem Recht und seiner Stellung kommen.

Datum werdt und stimmt für die

Deutsche demokratische Partei!

Mehrere Auslandsdeutsche.

?? Bürgerpartei ??

Sollen wir sie wählen?

Ja, jetzt erst recht! Warum?

1. Weil sie keine Judenpartei ist. Die Juden sind die allerreichsten Leute, die gewaltigen Multimillionäre, die die größten Kriegsgewinne auf Kosten des deutschen Volkes gemacht haben. Es wird die größte Mühe kosten, sie zu zwingen, an den Kriegskosten entsprechend zu zahlen. Wo sitzen sie? Alle, alle bei der Deutschen demokratischen Partei, soweit sie nicht bei der Sozialdemokratie in Revolution „gemacht“ haben.
2. Weil sie den deutschen Namen hochzuhalten wagt, auf die Sozialdemokraten und Demokraten Schimpf und Schande häufen. Gedanke, daß Du noch vor kurzem stolz warst, ein Deutscher zu sein.
3. Weil sie die christlichen Lebensziele in unserem Volk durchsetzen will, während die Demokratie erst im Krieg ihr christliches Herz entdeckt hat und niemand weiß, wenn sie es wieder verliert.
4. Weil sie sozial ist, aber nicht sozialistisch, eine Partei des Volkes; eine Volkspartei, die jedem das Seine geben will, aber keine Klassenpartei, die nur für einen Stand sorgt; eine Volkspartei, die vor allem den gewerblichen und bäuerlichen Mittelstand schützen will.

?? Bürgerpartei ??

Ja, jetzt erst recht!

Erklärung.

Die Unterzeichneten sehen sich veranlaßt, öffentlich ihre Bedauern darüber auszudrücken, daß die religiös kirchliche Frage vielfach in einer Weise in den Wahlkampf hineingezogen wird, welche unserer Kirche zu Schaden kann. Es ist an vielen Orten gegen die Deutsche demokratische Partei der Verdacht ausgesprochen und verbreitet worden, daß sie es mit ihren programmatischen Erklärungen betr. Kirche und Religionsunterricht nicht aufrichtig meine. Die Abgabe des bürgerparteilichen Stimmzettels wurde nicht bloß in Versammlungen, sondern auch durch Flugblätter als Gewissenspflicht eines wahren Christen und die Abgabe eines anderen, als etwa des Deutschen demokratischen Stimmzettels, als eine Verleugnung Jesu bezeichnet.

Demgegenüber erklären die Unterzeichneten, daß das Programm der Deutschen demokratischen Partei in allen Punkten dasselbe Anrecht auf Treue und Glauben hat, wie dassjenige irgend einer anderen Partei. Sie sind überzeugt, daß ihre Partei die ihr in der Landesversammlung zukommende einflußreiche oder ausschlaggebende Stellung auch dazu benutzen wird, die religiös kirchlichen Lebensinteressen zu vertreten und zu wahren. Betreff des Religionsunterrichts wissen wir, daß die überwiegende Mehrheit unserer Parteigenossen an der Trennung nach Konfessionen festhält. Sie bitten die Vertreter unserer evang. Kirche, zu bedenken, daß Zentrum und Bürgerpartei allein keine Mehrheit in der Landesversammlung bilden und daß es wesentlich von der Stellungnahme der Deutschen demokratischen Partei abhängt, ob die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und zwischen Kirche und Schule in einer Weise vollzogen wird, welche der evang. Kirche ihr ferneres Bestehen und Wirken als Volkskirche ermöglicht.

Stuttgart, 16. Januar 1919.

Stadtpfarrer Lamparter.
Stadtpfarrer Lie. Eisenwein.

Wichtig f. Pferdebesitzer.

Schlachtpferde,

auch verunglückte, nicht transportable, jedoch gesunde, werden zu den höchsten Tagespreisen gekauft.

Offerten an

Wiener Pferdewursterei, Stuttgart,

Meßgerstr. 49 (Inh. Franz Dabal),

berechtigter Aufkäufer für Oberamt Neuenbürg.

Auskäufenden und aufbewahren.

Auskäufenden und aufbewahren.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Die ausgegebenen

Brennholz-

Anmeldefeine

wollen, sorgfältig ausgefüllt, am Montag, den 20. Januar, 2—5 Uhr nachm., hier abgegeben werden.

Stadt. Lebensmittelstelle
Knodel.

Ziehung garantiert nächste Woche.

Letzte große
Schwenninger
Geld-Lotterie
Der Geldgewinn zusammen 10 Mark
40000
Haupttreffer Mark:
15000
5000 usw.
Ziehung am 23. Jan. 1919.
100 Lose 1 Mark
Sehr glückliche Gewinnansichten
Ihren Glückstaschen mit
13 Lose für nur 12 Mark.
Porto & Liste 2 Pf. extra. Zu haben
in allen durch Plakate kenntlich Ver-
kaufsstellen und den Generalvertrieb
Eberhard Fetzler
Stuttgart, Friedrichstr. 56.
Postcheckkonto 2413.

Verzeichnis offener Häuser verl.
grat. Wilh. Besser, Leipzig, Markt 2.

Wer

etwas zu kaufen sucht,
etwas zu verkaufen hat,
eine Stelle sucht,
eine Stelle zu vergeben hat,
etwas zu vermieten hat,
etwas zu mieten sucht
inzeriert am erfolgreichsten und
billigsten im

„Enztäler“.



Wähler und Wählerinnen!

Für die Einheit des Reiches!
Gegen Ausbeutung! Gegen Sonderrecht und Terrorismus!
Für Demokratie, Frieden und Volkswohlfahrt!
Gegen die Kriegsheger in allen bürgerlichen Parteien, die Deutschland ins Elend gestürzt haben.

Das ist die Parole der alten Sozialdemokratie!

Gibt den Stimmzettel der alten Sozialdemokratischen Partei ab

der so aussieht:



Wahl zur deutschen Nationalversammlung.
Stimmzettel für den Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns.

1. Reil, Wilhelm, Redakteur und seitheriger Reichstagsabgeordneter, Ludwigsburg.
2. Hildbrand, Karl, Geschäftsführer d. Volksfürsorge und seitheriger Reichstagsabgeord. Hamburg.
3. Salm, Albert, Mechaniker, Wangen-Stuttgart.
4. Schilde, Alexander, I. Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart.
5. Renngott, Gottlieb, Arbeitersekretär und Gemeinderat, Eßlingen.
6. Steinmayer, Otto, Gewerkschaftsangehelliger, Stuttgart.
7. Blos, Anna, Schriftstellerin, Degerloch-Stuttgart.
8. Feuerstein, Franz, Sekretär der württembergischen Konsumvereine Stuttgart.
9. Decker, Max, Geschäftsführer, Ulm a. D.
10. Natintat, Hermann, Arbeitersekretär, Stuttgart.
11. Sperka, Karl, Handschuhfabrikant, Stuttgart.
12. Ruggaber, Karl, Schlosser, Ulm a. D.
13. Siebig, Hermann, Lokomotivf., Sigmaringendorf.
14. Bauer, Albert, Porzellanmaler, Schramberg, O. A. Oberndorf.
15. Krüger, Karl, Kranenloffenangehelliger, Hall.
16. Wasner, Otto, Parteisekretär Stuttgart.
17. Frey, Karl, Buchbindermeister, Stuttgart.

Stimmzettel sind vor dem Wahllokal zu erhalten.

Gehet rechtzeitig zur Wahl!

Die Wahlzeit dauert ununterbrochen von vormittags 9 Uhr bis abends präzis 8 Uhr.

Zur National-Versammlung heraus! Ein Wort an die Frauen!

Der württembergische Wahlgang liegt hinter uns, nun gilt es den zweiten Gang — für Deutschland.

Die Frauen haben am letzten Sonntag in hervorragender Weise begriffen, um was es geht. Aber ihr Eifer ist teilweise von den Parteien schlecht gelohnt worden.

Bürgerpartei, Bauernbund, Weingärtnerbund haben wohl um die Stimmen der Frauen gebuhlt, aber nicht einer Frau das Recht eingeräumt, in der verfassunggebenden Versammlung auch selber mitzuarbeiten.

Auch die Sozialdemokratie hat wohl immer große Töne geredet von der Befreiung der Frau, aber sie hat das Frauenstimmrecht in erster Linie dazu gewollt, daß damit mehr Männer ihrer Parteirichtung gewählt werden. Unter den Gewählten sind nur 4 Frauen.

Dieselbe ungenügende Behandlung mußten sich die Frauen beim Zentrum gefallen lassen, wo unter 31 nur 3 Frauen sind.

Innerlich recht genommen wurde das Frauenstimmrecht allein von der Deutschen demokratischen Partei. Sie hat unter 88 Mitgliedern der Landesversammlung 5 Frauen und auch auf der Liste zur Nationalversammlung hat sie allein den Frauen einen ausreichenden Platz eingeräumt.

Mitbürgerinnen, muß Euch dies nicht zu denken geben?!

Der ganze konservative Parteikunzel, Bürgerpartei, Bauernbund, Weingärtnerbund, ober-schwäbische Landwirte zeigt mit seiner vollständigen Mißachtung der Frau, daß er kein Gefühl für Recht und Gleichberechtigung, sondern nur für Macht und Unterordnung hat. So danken die Konservativen, was Ihr Frauen im Krieg geleistet habt.

Der alte brutale Herrenstandpunkt soll der herrschende Geist sein auch im neuen Deutschland.

Frauen, besinnt Euch! Ihr dürft nicht weiter die Parteien unterstützen, die aus der Revolution gar nichts gelernt haben. So wie sie die Frauen weiter rechtslos und dranten halten wollen, so wollen sie es mit all den Volksgenossen tun, die noch um ihre Geltung ringen. Das ist der Geist, der Eure Männer, Eöhne und Brüder beim Militär so erbitterte, die Gewalt an der Stelle des Rechtes.

Das ist der Geist, der uns im Ausland so schadete, die knechtische Unterordnung an der Stelle freien Bürgerbewußtseins; das ist der Geist, der unser Volk so zerklüftet hat, Herren-willkür statt Volksgeist und Volksrecht.

Frauen und Mütter, denkt an das furchtbare Elend, in das uns dieser konservative Hochmut, sein Herrengeist und seine Unversöhnlichkeit nach innen gegenüber den Feinden brachte. Soll es so noch weitergehen?!

Man hat die Religion im Wahlkampf mißbraucht, damit Ihr Männer wählen sollt, deren Politik den Forderungen des Christentums direkt ins Gesicht schlägt.

Frauen, es muß Ehrensache für Euch sein, daß Ihr Euch nicht zum zweitenmal so mißbrauchen, so vor aller Welt verächtlich machen laßt.

Ihr dürft nicht weiter Vorspann für Männererzgeiz und männliche Gewaltpolitik sein.

Ihr sollt den Geist der Gerechtigkeit, der Klassen- und Völkerveröhnung, der Mütterlichkeit in Staat, Gesetz und Recht hineintragen. Dazu müssen Angehörige Eures Geschlechts selber direkt mitarbeiten können.

Noch einmal gilt es. Zur Nationalwahl wählen alle Frauen und Mütter, alle selbständigen und im Berufe lebenden Frauen die Partei, die ihrem neuen Recht mit Achtung und mit voller Anerkennung entgegenkommt.

Am 19. Januar kann es nur die Forderung geben:

Alle Frauenstimmen der Deutschen demokratischen Partei!

130,068.

Diese Summe veranschaulicht die Zahl Jener, welche am 12. Januar bei der Wahl zur Landesversammlung nicht an die Wahlurne traten.

Wo sind sie zu suchen? Nicht in den Reihen der Sozialdemokratie, diese kommt ausnahmslos ihrer Wahlpflicht nach, auch nicht in den Kreisen der Fabrikanten, der Industriellen, der Reichbegüterten, wohl aber in den Reihen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes. Zahllos sind die Klagen, welche aus diesen Kreisen über Vernachlässigung und Zurücksetzung ihrer Berufe an die Öffentlichkeit dringen, und doch veräußert ein sehr großer Teil derselben die sich bietende Gelegenheit, an der Bessergestaltung seines Geschicks und seines Berufes mitzuwirken.

Nicht Anklagen bessern die Schäden und Nachteile, sondern die Tat!

Diese muß mit dem Stimmzettel und zwar am Sonntag, den 19. Januar restlos erfolgen.

Ein Sprichwort sagt: „Arzt hilf Dir selbst.“ Das gilt namentlich für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand, insonderheit für jene 130,068, von welchen der Bezirk Neuenbürg die hohe Zahl von 1865 stellt. Es gilt in letzter Stunde, die große Partei der Nichtwähler, diese Launen und Gleichgültigen, aufzurütteln, sie an ihre Wahlpflicht zu erinnern; der Ernst der Zeit fordert dies gebieterisch.

General Ludendorff, der leider neben seinen großen strategischen Eigenschaften Fehler bedauerlichster Art beging, sagte, daß die württembergischen Truppen die tapfersten Soldaten waren. Nun, schwäbischer Wähler, zeige, daß Du auch am Wahltag Deinen Mann stellst!

Als die Revolution ausbrach, da hat sich der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand ängstlich und bescheiden in die Ecke gedrückt; heute nach zwei Monaten ungeheuerlicher Ereignisse muß er heraus zur Tat, will er nicht mundtot gemacht werden. Dies ist so einfach, stellt gar keine großen Anforderungen, bedeutet keinen lebensgefährlichen Gang, nur den Gang zur Wahlurne. Der bescheidene schwäbische Wähler muß den norddeutschen Radaubrüdern zeigen, daß er auch noch da ist, um ein Wörtlein mitzureden!

Wem aber wollt und sollt Ihr, schwäbische Wähler und Wählerinnen, die Ihr tatlos am 12. Januar die Flinte ins Korn warfet, Eure Stimme geben? Wenn Ihr die Stimmzettel der verschiedenen Parteien vergleicht und gewissenhaft überlegt, kann die Entscheidung nicht schwer fallen. Nirgends sind Eure Berufsinteressen besser vertreten, als bei der Deutschen demokratischen Partei, deren Kandidatenliste zeigt, daß sie alle Stände in sich vereinigt.

Darum gebt am 19. Januar restlos den Stimmzettel unverändert ab, welcher lautet auf die

Deutsche demokratische Partei.

Dr. med. Paul Barchet, Stuttgart

Spezialarzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe

hat als Nachfolger von Herrn Sanitätsrat Dr. Schaller die Leitung der geburtsärztlich-gynäkologischen Abteilung der Diakonissenanstalt Bethesda übernommen.

Anfragen sind vorläufig zu richten an Bethesda, Hohenheimer Straße 21-23. Telefon Nr. 4674.

Neuenbürg. Nährkalk

bestes Kraftzusatzmittel für Vieh aller Art zu haben bei

R. Müller, Bäckerei.

Katholischer Gottesdienst in Neuenbürg

Am Sonntag, den 19. Jan. 1919 1/28 Uhr feiert Predigt und Amt.

Gottesdienste in Neuenbürg

am 2. S. n. Erscheinungstag, den 19. Januar, Predigt 10 Uhr (Job. 7. 10 ff.; Lied Nr. 98);

Delon 181. Christenlehre 1 1/2 Uhr für die Söhne: Stadtvicar Dr. Schäfer. Mittwoch abe. 8 Uhr Bibelstunde. Freitag 8 Uhr Abendgottesdienst im Gemeindehaus.